

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

29.9.1925 (No. 225)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlriedrich-
Straße Nr. 14.
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Gesamtleiter
E. Kneub,
Karlsruhe.

Zeitungspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühren 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreite. — Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anklagen gegen die Redaktion sind an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlriedrichstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Klageerhebung, Zwangsverfügung, Beschlagnahme und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Bestellungen für Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Landtagswahl — Auslegung der Stimmlisten und Stimmlisten

Die Auslegung der Stimmlisten und Stimmlisten findet, wie angeordnet, vom 1. bis einschließlich 11. Oktober 1925 statt. Die Bekanntmachung der Gemeindebehörde nach § 18 Abs. 2 Reichsstimmordnung, hat vor der Auslegung, also spätestens am 30. September 1925 zu erfolgen.

Grundbuchkosten in Aufwertungssachen

Durch Verordnung des Justizministeriums vom 28. September 1925 ist bestimmt, daß die Einsicht in das Grundbuch, sofern es sich um eine Aufwertungsangelegenheit im Sinne des Aufwertungsgezetzes vom 16. Juli 1925 handelt, kostenfrei ist. Gebühren- und auslagenfrei sind auch die Eintragungen in das Grundbuch, sofern sie die Eintragung des gesetzlichen oder vereinbarten Aufwertungsbeitrags von Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Reallasten, die Eintragung der Befugnis des Eigentümers, an der vorbehaltenen Stelle eine Hypothek oder Grundschuld eintragen zu lassen, oder die Eintragung des Verzichts auf diese Befugnis (§ 7 Absatz 3 und 5 des Aufwertungsgezetzes) sowie ferner die Wiedereintragung gelöschter Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Reallasten in Höhe des gesetzlichen oder vereinbarten Aufwertungsbeitrags betreffen.

Das gleiche gilt für die Einsicht des Schiffsregisters in Aufwertungssachen und die entsprechenden Eintragungen in diesem Register.

Die Sicherheitskonferenz

Verzögerung der Balkonferenz

Über die mündlichen Erklärungen der deutschen Votschafter in Paris und London, die sie bei der Überreichung der deutschen Antwortnote auf die Einladung der alliierten Mächte abgegeben haben, weiß das „D. Tagbl.“ mitzuteilen, daß der deutsche Votschafter in London, Schamer, in den die Übergabe der Note begleitenden Worten einmal die Kriegsschuld berührt, dann auf das Memorandum der deutschen Regierung vom September 1924 über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verwiesen und auch die längst fällige Klärung der Rhöner Zone erwähnt hat. Die Verzögerung des Beginns der Balkonferenz wird von der „Voss. Zeitg.“ auf diplomatische Erörterungen zurückgeführt, die im Anschluß an die mündlichen Mitteilungen der deutschen Votschafter, die von den Westmächten gewünscht worden seien, gemacht werden. Der englische Votschafter in Berlin Lord Abernethy und der französische Votschafter De Margerie hätten bereits am Sonntag in der Wilhelmstraße vorgeplaudert.

Savas über die Londoner Ansichten der Balkonferenz

Paris, 29. Sept. Savas berichtet aus London: Die Veröffentlichung des Textes der deutschen Antwort auf die Einladung zu einer Sicherheitskonferenz ist bis Donnerstag verschoben worden. Die Erklärungen, die Votschafter Schamer zur Note gegeben hat, berührt in keiner Weise den guten Einbruch, den die deutsche Note in diplomatischen und politischen englischen und alliierten Kreisen hervorgerufen habe. Die englische Regierung vertritt den Standpunkt, daß alle Fragen betreffend den Sicherheitspakt, hauptsächlich den Rheinischen Sicherheitspakt, in Locarno geregelt werden würden. Ob die Konferenz am 5. Oktober zusammenzutreten wird, kann erst nach den Verhandlungen, die Briand und Votschafter von Offiz führen, entschieden werden.

London, 29. Sept. „Daily News“ meldet, Außenminister Chamberlain rüfte sich für die baldige Abreise nach Locarno. Sein Begleiter werde der juristische Berater im Foreign Office Sir Cecil Hurst sein, der Großbritannien kürzlich auf der Juristenkonferenz vertreten habe. Die Konferenz werde vermutlich eine Woche bis zehn Tage dauern.

Ernennung von Mitgliedern des Reichsdiziplinarhofes. Laut „Reichsanzeiger“ wurden zu Mitgliedern des Reichsdiziplinarhofes wieder ernannt: Als Präsident der Präsident des Reichsgerichtes, Simons, als stellvertretende Präsidenten die Senatspräsidenten Loh und Waunsfeld, als Mitglieder des Reichsgerichtes Reiser, Warneher, Müller, Mey sowie der bayerische Gesandte von Preger, als stellvertretende Mitglieder der sächsischen Gesandte, Reichsminister a. D. Gradbauer, der hessische Gesandte, Freiherr von Siegelosen, der Hamburger Bürgermeister Petersen, der Weidenburg-Schwerin'sche Gesandte Fischlein und der Braunschweigische Gesandte Heben.

Entwicklung der Erwerbslosenfürsorge in der ersten Septemberhälfte. Von Anfang bis Mitte September 1925 stieg im Reich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 231 000 auf 251 000, d. h. um rund 9 Prozent. Im einzelnen erhöhte sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 209 000 auf 229 000, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger änderte sich nicht wenig. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (Unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) stieg von 287 000 auf 305 000.

Zur chinesischen Zollkonferenz

Eine aus Peking stammende Darstellung schildert die Situation folgendermaßen:

Die bevorstehende chinesische Zollkonferenz wird sowohl von den chinesischen Politikern wie von den ausländischen, vor allem von den angelsächsischen Kreisen lebhaft erörtert. Beide Teile, die Chinesen wie die Ausländer, stimmen in einem Punkte überein: in einer unfreundlichen Kritik der Konferenz und ihrer Absichten, die Gründe für die ablehnende Haltung aber sind bei den Chinesen und bei den Angehörigen ihrer „Verbündeten aus dem Weltkriege vollkommen entgegengesetzter Art.“

Von chinesischer Seite wird der Peking Regierung zwar Lob gesendet, weil sie die Berufung eines juristischen Untersuchungsausschusses über die mißliebigen Vorfälle der letzten Monate abgelehnt hat, aber es wird ihr ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich in dem gegenwärtigen Augenblicke auf die Zollkonferenz überhaupt einlasse, statt nachdrücklich für die nationale Ehre des Landes einzutreten. Es wird darauf hingewiesen, daß schon bis jetzt bei den verschiedenen Zusammenkünften in Shanghai, in Hankau, auf Schameer usw. mehr als 200 Chinesen ums Leben gekommen seien und daß die Regierung dafür hätte Genugtuung fordern müssen. Statt sich aber um das Leben ihrer Untertanen zu kümmern, sei die Regierung einzig und allein um die Sicherung ihrer Einnahmequellen besorgt.

Und was würde bei der ganzen Zollkonferenz überhaupt herauskommen? Für den Staatsfiskus gar nichts, denn die von der Neuregelung des Zolltarifs erhofften 300 Millionen Dollars Mehreinnahmen würden genau so wie es bei der Goldfrankregelung der Fall gewesen sei, in die unergündlichen Taschen der hohen Militärs wandern. Deshalb sei es ja auch ganz begründlich, daß die Militärs für die Zollkonferenz einträten, ohne sich darum zu kümmern, daß dadurch die fremden Interessen gegen das eigene Volk wahrgenommen würden. Den fremden Interessen diene es, wenn man auf das Recht des Boykotts bestimmter fremder Waren verzichtet; dieses Recht dürfe man sich nicht nehmen lassen, denn gerade durch die Waffe der Boykotts hätte sich das chinesische Volk zu nationalem Denken und Handeln zusammenfassen lassen.

Selbstverständlich billigt man in chinesischen Kreisen das von der hiesigen Regierung auf der Zollkonferenz anzustrebende Ziel der Erlangung der Zollautonomie, aber man fürchtet stark, daß dieses Ziel nicht erreicht werden würde und daß dann die Regierung selbst durch die Konferenz die Hand zur weiteren und endgültigen Unterdrückung der Souveränität Chinas geboten haben würde.

Die Ansichten auf Erlangung der Zollautonomie sind allerdings schwach, nachdem das japanische Außenministerium in dieser Frage eine ablehnende Haltung eingenommen hat. Die englischen Kreise stehen erst recht der Zollautonomie unfreundlich gegenüber, was schon aus der Äußerung eines englischen Waiates hervorgeht, daß man die Stellung des japanischen Außenministeriums mit dem Gefühl „of unfeigned relief“ (umgekehrter Erleichterung) aufgenommen habe.

Auch abgesehen von der Frage der Zollautonomie aber will man in angelsächsischen Kreisen von der Zollkonferenz nicht viel wissen. Man behauptet, daß die Peking Regierung sich unter dem Drucke extrem-nationalistischer Kreise befindet und daß sie deshalb die Frage der Revision der Zölle mit der Exterritorialität der Ausländer verknüpfen wolle. Wenn sie darauf beharre, so würde damit von vornherein die Zollkonferenz zum Scheitern verurteilt sein. Die Vertreter der Mächte müßten sich einig und energisch zeigen, denn nur dann würden die chinesischen Politiker in Peking zur Reifung gebracht (bring to their senses) werden können.

Es ist besonders bemerkenswert, daß auch die Amerikaner, die bisher den Chinesen vergleichsweise das meiste Wohlwollen entgegengebracht haben, sich unfreundlich zeigen. Sie betonen, daß der etwa den Chinesen zu bewilligende Mehrertrag aus den Zöllen unter keinen Umständen den Militärs zugute kommen dürfte. Deshalb müßten die Mächte auf der Konferenz ein Entgegenkommen gegenüber den chinesischen Wünschen an die Voraussetzung knüpfen, daß die zurzeit in China unterhaltenen Truppen aufgelöst oder zum mindesten stark eingeschränkt werden müßten. Den chinesischen Nationalisten aber geben die Amerikaner zu hören, daß die

Annahme, daß China jetzt mit einem Schlage die Gleichwertigkeit mit jeder anderen Macht auf dem Erdball erlangt habe, nur in den Köpfen radikaler chinesischer Politiker spuken könne, die „mit unerbauten neuen Doktrinen angefüllt“ seien.

Politische Neuigkeiten

Anschlußkundgebungen in Oesterreich

Wien, 29. Sept. In Ausführung der Beschlüsse des im Juni in Wien abgehaltenen Hochschultages erklärt die Universität Wien eine Kundgebung, in der es unter anderem heißt: Wir erklären es als ein Gebot der Völkergerechtigkeit, daß im einmütigen Willen des Volkes in Oesterreich entsprochen und ihm die durch das Völkerrecht und die geschlossenen Verträge ermöglichte staatliche Vereinigung mit Deutschland nicht behindert wird. Oesterreich erblickt in dieser Vereinigung die einzige Möglichkeit, seinen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bestand zu erhalten. Durch die Vereinigung würde nur ein Zustand wiederhergestellt werden der über 1000 Jahre zu Recht bestanden hat. Wenn Oesterreich sich kraft des vom Präsidenten Wilson unter Zustimmung der ganzen Welt feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Deutschland vereinigt, so ist dadurch das wirksamste Bollwerk eines dauernden Friedens in Europa erreicht.

Gegen den Frieden von St. Germain. Bei der am Montag in Wien stattgehabten Kundgebung gegen den Frieden von St. Germain wurde, wie die „Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung“ meldet, eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Der einzige sichere Weg zur Rettung Deutsch-Oesterreichs, der Anschluß an das Deutsche Reich, wird uns verwehrt. Das deutsche Volk von Wien ruft die ganze zivilisierte Welt als Zeugen auf, daß einem alten Kulturvolke der natürliche Weg zu seinem Mutterlande versperrt wird. Es fordert einen wahren Rechtsfrieden und die Aufhebung der Grenzspähle.

Auf der Suche nach dem Schuldigen

Die „Industrie u. Handelsztg.“ bringt eine Zuschrift zur Preisbildung in Textilwaren, die aus Kreisen der Textilfabriken stammt. In dieser Zuschrift wird betont, daß in der Spinnerei und Weberei mit genauer Kalkulation bis auf den Pfennig gearbeitet werde. Seit längerer Zeit lassen die Organisationen der Baumwollspinnerei und Weberei durch Vertrauenspersonen allenthalben Einkäufe in Konfektions- und Einzelhandelshäusern tätigen und die eingelaufenen Gegenstände durch Sachverständige nachkalkulieren. Dies hat zunächst nur den Zweck der eigenen Information, doch werde man erforderlichenfalls in der Lage sein, auf Grund dieses Materials sehr deutlich nachzuweisen, wo die Vertreter der Textilherzeugnisse seien.

Zur Preisbildung bei Konfektion und Einzelhandel führt die Zuschrift aus: Bei der Textil-Enquête vor dem Reichswirtschaftsrat im vergangenen Jahr wurde unter anderem der Direktor einer mitteldeutschen Spinnweberei vernommen. Dieser Herr legte auf den Verhandlungstisch ein Herrenhemd, das er am gleichen Morgen in Berlin zum Preise von 16,80 M. gekauft hatte, wie der beigelegte Kassenzettel aufwies. Der Stoff, aus dem das Hemd angefertigt war, stammte aus dem eigenen Betriebe des vernommenen Herrn, der dazu die Erklärung abgab, daß der Preis ab Fabrik 4 bis 4,50 M. ausgemacht habe. Der Rest ist Konfektionsaufschlag gewesen.

Bei der gleichen Textil-Enquête wurde hinsichtlich der Preisbildung des Einzelhandels festgestellt, daß Aufschläge auf den Einkaufspreis von 100 M. u. S. und mehr nichts Seltenes seien. Daran hat sich auch seitdem nichts oder nicht viel geändert. Auch jetzt noch stellt ein 100prozentiger Aufschlag auf den Einkaufspreis im Einzelhandel fast die untere Grenze dar. Es gibt aber, insbesondere für Robeartikel, natürlich noch viel höhere Aufschläge, wie folgendes Beispiel ergibt:

In den letzten 14 Tagen wurde in einem Textilwarenhaus in Hildau ein rotes gestricktes, wollenes Kinderjäckchen gekauft. Der Ladenpreis betrug 20,25 M. Dieses Jäckchen ist von einer sächsischen mechanischen Strickerei und Wollwarenfabrik nachkalkuliert worden mit dem Ergebnis, daß einschließlich eines guten Kugens ein Fabrikfabrikpreis von 4,90 M. sich ergibt. Es handelt sich um ein Kleidungsstück aus schlechtem Material, das als Käufer nur minderbemittelte Kreise finden kann. Das Kleidungsstück selbst mit den dazu gehörigen Schriftstücken sind dem Herrn Textilreferenten im Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsverband der Deutschen Industrie unterbreitet worden.

Kriegsgerichtsverhandlungen gegen französische Beamte

Savas meldet aus Mainz: Das große Kriegsgericht der Rheinarmee begann am Montag die Verhandlung in der Angelegenheit der Beamtenbestellungen und Unterschlagungen. Hauptangeklagter ist der Hauptzollinspektor Binat, der beschuldigt wird, mittels falscher Protokolle sich Gegenstände aller Art angeeignet zu haben, die von Beschlagnahmen herrührten und nach den Vorschriften versteigert werden mußten. Er soll außerdem zu besonderen Preisen einigen Kaufleuten in Mainz, die ihm von einem mitangeklagten Major Marullier empfohlen wurden, einen ganzen Waggon Waren verkauft und sich mit Marullier in den Gewinn geteilt haben. Dieser ist ein 53jähriger Offizier der Ehrenlegion, der nach dem Bericht seiner Vorgesetzten im Kriege seine Pflicht restlos erfüllt hat. Außerdem sitzen noch drei weitere Personen auf der Anklagebank. Der Verhandlungstag wurde durch die Verlesung der Anklageschrift ausgefüllt.

Die Unterdrückung der Memeldeutschen vor dem Völkerverbund

Zu einem erregten Zwischenfall, wie er im Völkerverbund bisher sich wohl kaum ereignete, kam es kurz vor dem Abschluß der 35. Ratstagung. Es wurde über das Verfahren in der Behandlung von Minderheitsbeschwerden aus dem Memelgebiet und allgemein über Beschwerden wegen Verletzung der Memelkonvention, die zwischen England, Frankreich, Italien und Japan als Vertreter der Alliierten einerseits und Litauen andererseits abgeschlossen worden ist, verhandelt.

Der Berichterstatter des Rats, Guan (Lituanen), betonte, daß Artikel 11 der Konvention das gleiche Verfahren vor dem Rat, wie bei allen Minderheitsbeschwerden vorsehe und daß Artikel 17 jedem Ratsmitglied das Recht gebe, dem Rat Beschwerden über Verletzung der Memelkonvention vorzulegen. Da eine Anzahl Beschwerden beim Generalsekretariat bereits eingegangen, schlug der Berichterstatter vor, dem Generalsekretär allgemein den Auftrag zu erteilen, den Ratsmitgliedern alle derartigen Eingänge zur Kenntnis zu übermitteln, damit sie sich entscheiden könnten, ob sie von ihrem Recht aus Artikel 17 Gebrauch machen wollten.

Dieser Vorschlag veranlaßte den litauischen Delegierten Galvanouskas in arge Erregung. Er erklärte, im Memelgebiet lebten sehr viele Deutsche, die häufig Reisen über die Grenze unternahmen und in solchen Aufträgen dann im Memelgebiet Minderheitsbeschwerden einreichten. Die Beiträge der kleinen Staaten zum Völkerverbund seien zu hoch, um dazu verwendet zu werden, daß der Generalsekretär alle diese Beschwerden sammelt und den Ratsmitgliedern zur Kenntnis übermitteln. Auf diese Weise würde das Memelgebiet niemals zur Ruhe kommen und wenn erst ein deutscher Vertreter im Rat sitze, würde der Rat mit Minderheitsfragen und anderen Beschwerden aus dem Memelgebiet zu tun haben. (1). Dagegen verhielten sich die Präsidenten Boncour, Erb Robert Cecil, Symans und andere den überaus hitzigen Galvanouskas zu beruhigen und ihn klar zu machen, daß durchaus keine besondere Maßnahme gegen Litauen in Frage käme und es sich nur um das übliche Verfahren handelte. Galvanouskas schlug wiederholt mit der Faust auf den Tisch und verließ die Sitzung, ohne weiter an den Debatten teilzunehmen.

Der Völkerverbund hat in seiner Schlusskonferenz noch angeordnet, daß der von der diesjährigen Völkerverbunderversammlung ausgearbeitete Protokollentwurf zur Abschaffung der Sklaverei nicht nur den Regierungen der Völkerverbundstaaten, sondern auch verschiedenen Nichtmitgliedern, darunter Deutschland, Rußland und den Vereinigten Staaten zugestellt wird.

Nichtserin in Warschau

Der russische Außenminister Nichtserin, der gegenwärtig in Warschau weilt, empfing dort Vertreter der ausländischen Presse und führte etwa folgendes aus:

Meinen Besuch in Warschau benutze ich dazu, um Mißverständnisse zwischen Rußland und Polen zu beseitigen und die Grundlagen für künftige russisch-polnische Verhandlungen zu schaffen, die schließlich zu einem Handelsvertrag führen sollen. Mein Besuch soll der Herstellung der Harmonie zwischen Rußland und Polen und der Herstellung des allgemeinen Friedens dienen. Bezüglich des Sicherheitspakt erklärte Nichtserin auf eine Frage: In England und Amerika sind Dokumente veröffentlicht worden, aus denen hervorgeht, daß England die völlige Isolierung und Einschließung Sowjetrußlands erstrebt. Vorläufig ist noch unklar, welche Folgen der Westpakt nach sich ziehen und welche Schritte Deutschland gegen Rußland unternommen wird. Aber ich muß sagen, daß mein Besuch in Warschau keine Spitze gegen Deutschland bedeutet. Es liegt mir völlig fern, irgend einen Druck auf Deutschland auszuüben. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund wird eine ernste Angelegenheit werden, wenn Deutschland bedingungslos in den Völkerverbund eintritt. Der Grad der ungünstigen Auswirkungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund auf den Rapallavertrag hängt von der Gewinnung und der Art der Vorbehalte ab, die Deutschland dem Völkerverbund gegenüber durchsetzt.

Stellungnahmen im preussischen Landtag. Im preussischen Landtag teilte Minister Pirksiefer bei der Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums beim Kapitel Wohnung und Städtewesen mit, daß nach den neuesten Feststellungen die Hauszinssteuer im Jahre 1925 210 Millionen für die Kommunen und 150 bis 160 Millionen für den Staat erbrachte. Aus diesem Ertrag müßten auch die gemeinnützigen Städtewesen gefördert werden, sofern sie auf solider Grundlage stehen.

Der Bühnenvölkerverbund

Der BVV ist eine Gründung katholischer Kreise, die an unserm deutschen Theater interessiert sind. Von Anfang an dementierte der BVV sich katholisch zu nennen, sondern betonte seine christliche Gesinnungsgemeinschaft, in der auch protestantische Mitglieder Aufnahme fanden, ähnlich wie auch die politische Zentrumspartei protestantische Anhänger zählt und eventuell sogar, wie den hier wohlbelannten Schriftsteller Adam Neuber, als Abgeordnete in das Reichsparlament entsendet. Und die Theatergemeinden, die der BVV in konsequenter Verfolgung seiner kulturpolitischen Ziele überall zu gründen anstrebt, zeigen erst recht unter ihren Mitgliedern Vertreter aller, auch nichtchristlicher Konfessionen, wie etwa die Karlsruher Theatergemeinde, wenn auch deren Leitung in den Händen überzeugter Katholiken ruht. Auch der Generaldirektor des BVV, der überaus rührige W. C. Gerst macht aus seinem Katholizismus keinen Hehl.

Es muß nun anerkannt werden, daß der BVV auch über den Kreis des Konfessionellen hinaus ernste kulturelle Ziele zur Vertiefung der deutschen Theaterkunst erstrebt und betätigt hat. Es ist nur folgerichtig, wenn er auch auf den Spielplan der einzelnen Theater Einfluß auszuüben sucht, und es ist klar, daß er dieses Ziel nur so eher, verwirklichen kann, um so größer die Mitgliederzahl der von ihm gegründeten und geleiteten Theatergemeinden ist.

Am ehesten wird er aber den Spielplan von Bühnen bestimmen können, an denen er selbst wirtschaftlich beteiligt ist oder die seine direkte Gründungen sind. Solche Theater bestanden und bestehen schon in den verschiedensten Gegenden des Reichs. Allerdings hörte man in letzter Zeit viel von Schwierigkeiten, in die solche Theatergründungen geraten sind, was ja um so weniger erstaunlich wird, als solche ja auch zunehmend bei allen Stadt- und Landestheatern zu beobachten sind. Gerade deshalb erkennt aber der BVV die Notwendigkeit als um so dringender, die Zahl seiner Angehörigen zu heigern und ihr Interesse an seinen Zielen zu vertiefen. Diesen Erwägungen dürfte wohl auch in dem kühnen Kopf des Generaldirektors Gerst der Gedanke entsprungen sein, ein von ihm geleitetes Bundesorgan zu schaffen, als dessen erstes Heft „Der Bühnenvölkerverbund“ Reichsblätter des BVV vor uns liegt.

Die Schriftleitung gibt dazu selbst folgende Notiz heraus, der sie noch die Ankündigung einer Lotterie des Bühnenvölkerverbunds anhängt: „Der Bühnenvölkerverbund.“ So heißen die neuen Reichsblätter des Bühnenvölkerverbundes, die, von dessen Reichsgeschäftsstelle herausgegeben, im Verlag des Bühnenvölkerverbundes, Berlin SW 68, Kochstraße 59, erscheinen und fünfmal im Jahre zum Versand kommen. Das erste, und vorliegende Heft der Zeitschrift enthält Aufsätze über die Idee der christlichen Theaterbewegung, über ihre Vertretung durch den BVV, über dessen Stellung im deutschen Geistesleben, seine Verlagsstätigkeit und den Werdegang der in seiner Reichsgeschäftsstelle erscheinenden christlichen Dramatiker aus der Bühne. Weitere Artikel behandeln Fragen der Theater-Organisation, des Aufbaus von Theatergemeinden, der Entwicklung aktiver Beteiligungen am Bühnenleben. Die späteren Hefte der Zeitschrift werden, nach eingehender Darlegung jeweils eines Sonderthemas, zu allen wichtigen Vorgängen im Theater- und im Bühnenleben Stellung nehmen.

Rücktrittsgesuch Thautens

Der Generalresident von Marokko, Marschall Thautens, hat der französischen Regierung sein Demissionsgesuch eingereicht, was damit begründet wird, daß die Lage in Marokko sich demoralisiert habe, daß er, Thautens, die Möglichkeit sehe, um den von seiner Gesundheit diktierten Rücktritt zu erlangen. Obwohl die französische Regierung zu diesem Gesuch noch nicht amtlich Stellung genommen hat, unterliegt es keinem Zweifel, daß sie dem Wunsch des Marschalls Thautens entsprechen wird. Über den Nachfolger Thautens in Marokko ist noch nichts bekannt. Bekanntlich sind gegen Thautens scharfe Angriffe gerichtet worden, die den Erfolg hatten, daß Marschall Petain der militärische Oberbefehl in Marokko schon seit längerem übertragen wurde.

Die spanische Botschaft in Paris läßt durch Savas verbreitete Nachrichten von der Einnahme Sibirs, des Hauptortes Abd el Krims, als unrichtig bezeichnen.

Kurze Nachrichten

Die Beamtengehälter. Die Besprechungen der Beamten-Organisationen mit dem Reichsfinanzminister, die im vorigen Woche wegen der Teilnahme des Reichsfinanzministers an den Beratungen der Reichsregierung über den Sicherheitspakt unterbleiben mußten, finden laut „Vorwärts“ am Donnerstag nachmittags 4 Uhr statt.

Errichtung von Schulspartassen. Um den Spartakus bei der Jugend zu heben, weist das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem solchen veröffentlichten Erlaß auf die Wichtigkeit der Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Schulspartassen hin, die durch Krieg und Inflation gezeichnet waren, den Betrieb einzustellen.

Überziehung der Bayernanleihe in New York. Die bayerische Staatsanleihe wurde in New York zu 100 bis 88 1/2 % je nach Fälligkeit zur Zeichnung aufgelegt. Der Anleihebetrag von 15 Millionen Dollar wurde beträchtlich überzeichnet. Der Andrang zur Zeichnung war geradezu furchtbar zu nennen. Aus allen Teilen des Landes gingen Zeichnungen ein.

Eingung im rheinischen Braunkohlenrevier. In dem Lohnstreik im rheinischen Braunkohlenrevier nahmen die beiden Parteien den Spruch des ständigen Schlichters, der eine Prozentige Lohnerhöhung mit Wirksamkeit bis 31. März 1926 vorschlägt, nachträglich an.

Streik im Berliner Expeditionsvergabe. Die geistigen Verhandlungen über die Lohnverhältnisse im Berliner Expeditionsvergabe, die zwischen den Expeditoren und dem Deutschen Verkehrsverband stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Eine Versammlung der Expeditorenarbeiter beschloß am Montagabend nach sehr lebhafter Debatte, die Arbeit heute Dienstag früh in allen Expeditionsbetrieben einzustellen. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, soll die Technische Nothilfe bei der Belade- und Abfahrarbeit auf den Güterböden der Reichsbahn herangezogen werden.

Erwerbung eines Deutschen in Mexiko. Der Geschäftsführer der Autotolapan-Judenzfabrik Veracruz, Wilhelm Duval, wurde innerhalb des Fabrikarewesens aus unbekanntem Grund ermorde. Duval war deutscher Staatsangehöriger. Er hatte erst vor kurzem die Leitung der Fabrik übernommen.

Verschiedenes

Die Kabi-Flieger in Paris. Die beiden japanischen Flieger sind von Straßburg kommend, wo sie am Montag um 12 1/2 Uhr aufgeflogen waren, um 8 1/2 Uhr nachmittags auf dem Flugplatz le Bourget bei Paris angekommen.

300 000 Mark durch Einbrecher erbeutet. W. B. Berlin, 20. Sept. (Tel.). Einbrecher öffneten in der vergangenen Nacht mit Hilfe eines Sauerstoffgeschloßes den Kassenraum des Bezirksamts Tempelhof und raubten daraus über 300 000 Mk. Die Täter, die während der „Arbeit“ die Fenster des Kassenraums verhängt hatten, sind unerkannt entkommen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Kalte Nordwinde auf der Vorderseite des von Westen herandrückenden Hochs brachte gestern weitere Abkühlung verbunden mit leichten Niederschlägen. Im Hochschwarzwald (Feldberg) schneite es den ganzen Tag. Heute morgen liegt über der ganzen Rheinebene Nebel. Der Hochdruck flacht langsam ab und zieht in nordöstlicher Richtung über Deutschland. Süddeutschland steht bereits unter dem Einfluß der im Süden nachrückenden Zyclone, daher ist mit Fortdauer des unbeständigen Wetters zu rechnen. Voraussage für 30. Sept. Unbeständig und kühl, tagsüber nur leichte Erwärmung.

Badischer Teil

Der Prozeß Costes

W. B. Freiburg, 29. September. Heute vormittag begann vor dem hiesigen Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Mayer die Verhandlung gegen den französischen Flieger Costes. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Omburger-Freiburg übernommen. Zur Verhandlung sind neben mehreren Dolmetschern, da Costes der deutschen Sprache nicht mächtig ist, auch Sachverständige des Luftfahrtwesens usw. hinzugezogen.

Costes, der infolge der erlittenen Verletzungen hinkt, erklärt, er habe ein anomales Flugzeug gehabt durch zu starke Belastung mit Betriebsstoff, was bei der Länge des Fluges nicht zu umgehen war. Der Flug, der nach dem Verschieden Gölse führen sollte, habe ungefähr eine Länge von 6000 km. Der Abflug sei bei starkem Nebel vor sich gegangen, und man sei vom Startplatz bis nach den Vogesen nach dem Kompaß geflogen. Man hatte die Absicht, in möglichst direkter Linie das Flugziel zu erreichen über Basel den Rhein entlang nach Konstanz und von dort nach dem Jura. Es habe sich um einen privaten Apparat gehandelt, mit dem er und sein Kamerad den Weltrekord zu brechen beabsichtigten, der für einen Flug auf direkter Linie mit etwa 3300 km bisher gehalten werde. Aber dem Elfsa sei er dann von 1500 m, in welcher Höhe geflogen wurde, auf etwa 100 m heruntergegangen. In Hand der Karte habe man Verirrt erkannt. Die Absicht, nach Süden auf schweizerisches Gebiet auszuweichen, sei nicht zu verwirklichen gewesen, da nach Süden zu die Witterungsverhältnisse schlecht gewesen seien. Costes gab zu, daß er gewußt habe, daß deutsches Gebiet nicht ohne Genehmigung überflogen werden dürfe. Man habe daher über den Titisee nach dem Rhein fliegen wollen. Infolge der starken Belastung habe das Flugzeug nicht gut steuern können. Der Angeklagte erklärte auf Befragen weiter, es sei ihm bekannt gewesen, daß bestimmte Vorschriften über Größe, Tragfähigkeit usw. für die Flugzeuge beständen, die deutsches Gebiet überfliegen. Er habe aber genaue Vorschriften nicht gekannt. Zu der Frage der bei dem Apparat vorgefundenen Karten erklärte Costes, die auf den Karten eingetragenen Linien seien nur die Einzeichnung der Refordlinie mit Entfernungsangaben. Nach Ansicht der Sachverständigen bedeute die eingetragene rote Linie die Refordlinie, die blaue Linie die Fluglinie, zumal letztere höhere Höhen umgehe, was bei der roten Linie nicht der Fall sei. Die blaue Linie habe südlich von Dreifach und Freiburg über den Schwarzwald an den Bodensee geführt. Diese Linie ist auch auf einer zweiten Karte eingetragen, die vorniedrig über Schweizer Gebiet ausführt. Im weiteren Verlaufe erklärte der Angeklagte auf Befragen, das Flugzeug habe Doppelsteuerung gehabt zur gegenseitigen Abhilfe. Zurzeit des Überfliegens deutsches Gebietes hätten beide Flieger am Steuer gesessen. Die Vernehmung des Angeklagten schloß mit seiner Versicherung, daß nur die Witterungsverhältnisse zum Überfliegen deutsches Gebietes gezwungen hätten.

Es folgt die Vernehmung der Zeugen. Die in dieser Eigenschaft benommene Frau Müller-Freiburg, die kurz nach dem Unfall die Abfuhrstelle im Kraftwagen passierte, sagte aus, Costes habe das überfliegen deutschen Gebietes ihr gegenüber mit der Notlage erklärt, in der er sich infolge des schlechten Wetters befunden habe. Sie hätten auch infolge der Schwere des Apparates nicht landen können. Außerdem hätten sie den Reford gewinnen wollen. Im wesentlichen wurden diese Angaben bestätigt durch den gleichfalls benommenen Polizeidirektor Schulte, der die erste kommissarische Vernehmung machte. Schließlich erklärte Oberpolizeimeister Biesel-Freiburg, daß beim Eintreffen der ersten Retter die Flugart offen beim Apparat gelegen habe, während das andere Kartenmaterial, worunter sich auch schweizerische Karten befanden, in einem Karton untergebracht war.

Sachverständiger Dipl.-Ing. Degen von der Deutschen Versuchsanstalt in Adlershof machte Angaben über den bei dem Flug benutzten Apparat, der den deutschen Vorschriften durchaus nicht entspreche. Die Behauptung des Angeklagten, die auf den Karten eingetragenen Linien stammten vom Kartenhändler, bezeichnete der Sachverständige als ungläubwürdig. Zum mindesten seien die Linien nicht ohne Auftrag eingezeichnet worden. Ohne Gefahr hätten die französischen Flieger trotz starker Wolkensbildung am Rhein entlang fliegen und auf den Flugplätzen Straßburg und Habsheim landen können. Gefahr für eine Landung hätte nicht bestanden. Die Flieger hätten aber, um den Refordflug nicht zu unterbrechen, nicht landen wollen.

Der nächste Sachverständige, Hauptmann Daal-Freiburg, der am Tage des Absturzes selbst geflogen war, äußerte sich dahin, es sei unverständlich, daß die Flieger das Wagnis unter-

so daß der gesamte Jahrgang nun in der Tat die wertvollste und vornehmste literarische, künstlerische Zeitschrift der Gegenwart darstellte; denn auch dieses 4. Heft ragt wieder durch besondere Darbietungen aus der Zeitschriftenmasse Deutschlands heraus. Albrecht Schaeffer gibt aus 10 Schaffensjahren in strenger Auswahl seine neue Lyrik, die für alle Freunde des Helian-Dichters eine besondere Überraschung bedeuten wird. Theodor Däubler gestaltet uns in einem Essay über Kinos das griechische Erlebnis unserer Zeit und das jehige Griechentum in seiner Verbundenheit mit der Landschaft und dem geistigen Erbe. Der Hannoverische Kunstförderer Viktor Curt Habicht, der sich als Dichter bereits einen Namen gemacht hat, spendet eine Novelle „Jauber der Kindheit“ von köstlicher Echtheit. Richard v. Schaal legt eine Autobiographie von zeitlicher Bedeutung vor und Arnold Wils identisch uns wunderbare Lyrik. Den Kunstausflug bestreitet diesmal das Werk Ludwig Detmanns, dessen norddeutsche Art mit Recht einmal in den Foren in den Vordergrund gestellt wird, zumal da die früheren Hefte der Zeitschrift süddeutschen Künstlern dienen. Dieser Kunstausflug erfreut uns durch die größtenteils bisher unüberfälligen Abbildungen aus Detmanns malerischem und zeichnerischem Schaffen. Die erfreulichste Arbeit, die die Foren aber während des ganzen Jahrgangs geleistet haben, ist die Förderung junger noch unbekannter Dichter, wodurch diese Vierteljahrshefte sich vorteilhaft von anderen als um so oft mehr erfolgreichen Namen nachlaufenden Publikationen unterscheiden. Niemand hätte eine junge Generation es ja so schwer, ihre Werke an die Öffentlichkeit zu bringen, wie in der Gegenwart. Das neue Foren-Heft bringt uns Gedichte von Helmut Ludwig Kaymann und Alfred Hein, sowie ein feines Kammerstück „Aldon“ des Rheinländers Armin Ranter. Die Namen dieser drei Dichter werden sich durch das Gewicht ihrer dargebotenen Schöpfungen einprägen. Der kritische Teil des Heftes, den wieder Hans Martin Elster mit einer umfangreichen Wiederholung von höheren Gesichtspunkten geführt, bestreitet, wird von einem grundfähigen Aufsatz Richard Segaus „Prometheus oder Thersites“ über das Wesen der Epik fruchtbar eingeleitet. So beschließt dieses 4. Heft den 1. Jahrgang mit Bedeutung und Haltung. Es weist aber auch den Weg in den kommenden zweiten Jahrgang hinein, für den noch viel lebendige Aufgaben bereitet sind.

Jessner und Gemiers errichten ein Theater Europas. In Berlin hielt Sonntagabend vor einer Zuhörerschaft von 300 bis 400 Personen, unter der sich der französische Botschafter de Margerie, Polizeipräsident Dr. Friedensburg, Professor Reinhardt, Professor Jessner und Ludwig Fulda, diese als Vertreter der Bühnenkritiker, befanden, der Direktor des Theaters Odeon in Paris, Firmin Gemiers, im Hotel Adlon eine große programmatische Rede, in der er dazu aufforderte, durch die Vereinigung der Bühnenorganisation aller Länder mitzuführen an der Errichtung eines Völkerverbundes der dramatischen Kunst und darüber hinaus am Aufbau einer Internationalen der Künste und Wissenschaft. — Wie die „Montagspost“ hört, wird die erste Folge des neuen Bündnisses zwischen Gemiers und Jessner eine Molière-Inszenierung des französischen Künstlers mit deutschen Schauspielern in Berlin und gleichzeitig eine Aufführung Wallensteins mit französischen Schauspielern durch Jessner in Paris sein.

Zeitschriftenschau

Die Foren beschließen nun mit ihrem sechsten erschienenen 4. Heft (im Forenverlag, Berlin W 30, Neue Winterfeldstr. 29) ihren ersten Jahrgang. Was der Herausgeber, Hans Martin Elster, versprochen hat, hält auch dieses 4. Heft wieder,

nommen haben, den Schwarzwald anzufliegen, wo das Fliegen in der Rheinebene für sie unerlässlich gewesen wäre. Nach seiner Ansicht hätte unbedingt die Möglichkeit bestanden, deutsches Gebiet zu meiden und dem Rheine entlang zu fliegen. Die Eintragungen auf den Karten seien mit Sicherheit von sachverständiger Seite vorgenommen worden, zumal die Kompagniebestellung angegeben sei. — Damit war die Beweisführung beendet.

Staatsanwalt Obkircher bezeichnete es als eine Notwendigkeit, die Angelegenheit lediglich vom Rechtsstandpunkt aus zu beurteilen. Die Rechtslage sei klar. Nicht nur das oberste deutsche Gericht sei ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen gewesen, sondern auch der Apparat habe nicht den Vorschriften entsprochen. Für die Klieger habe von Anfang an die Absicht bestanden, über den Schwarzwald zu fliegen. Der Staatsanwalt führte hierbei französische Presseäußerungen an. In dieser ihrer Absicht seien sie auch nicht wandelnd geworden, trotz der Schwierigkeiten eines Fluges über den Schwarzwald. Dabei ihnen doch ein hoher Preis für die Überwindung der Strecke gewunken. Vom vortlichen Standpunkt aus sei das Verhalten der französischen Klieger verständlich. Aber als verantwortliche Klieger hätten sie anders handeln müssen. Gegenüber der Bedeutung der Vorschriften für den Luftverkehr sei die beantragte Geldstrafe von 5000 M. nur gering in Anbetracht der Tatsache, daß sie vom Angeklagten wohl getragen werden müsse. Im übrigen beantragte er die Beschlagnahme der überreste des Flugzeuges zugunsten des Staates.

Um den Redar Kanal

Der Verkehrsminister des Reichstages am Nord des Motorbootes „Vielotte“ hat, wie aus Heidelberg berichtet wird, eine Besichtigungsfahrt auf dem Redar unternommen. Dabei wurden die Herren vom Präsidenten Paul von der Bahrer- und Straßenbauverwaltung in Karlsruhe, namens der badischen Regierung begrüßt. In der Nähe der alten Brücke angelangt, hielt der Ministerialrat Hübel vom Reichsverkehrsministerium, Referent für Wasserstraßen, einen Vortrag über die Kanalfrage. Er erklärte, der Redar sei eine ausgesprochene Reichswasserstraße. Für das Wehr oberhalb der alten Brücke sei der Wettbewerb bereits erlassen und das Ergebnis werde bald veröffentlicht werden. Die alte Brücke bleibe vollkommen erhalten, nur an den Fundamenten würde einiges geändert. Abgesehen von dem Kanalbau, der ein Uferstraße zur Entlastung des Verkehrs zu schaffen, und das sei auch nur in Verbindung mit der Kanalisation möglich.

Auf die Frage nach dem Ergebnis der Informationsfahrt hat der Vorsitzende des Ausschusses, Minister a. D. Giesberts, einen Bericht über die „Heidelberg-Tagelänge“ folgen lassen. Er erklärte: Sagen Sie den Heidelbergern: Der Redar Kanal wird gebaut! Er wird unbedingt gebaut, darüber herrscht kein Zweifel; denn der Bau wird von wichtigen Lebensinteressen ganzer Landesteile gefordert. Die Heidelbergern können aber beruhigt sein, es wird dem altertümlichen Stadtbild kein Schaden zugefügt, und überhaupt wird vor jedem tiefergehenden Entschluß Heidelberg erst gehört werden. — Das eben genannte Wort kritisiert in sarkastischen Worten, daß man die Kanalgegner zu der Besichtigung nicht eingeladen und insbesondere die Stadtverwaltung übergangen habe.

Badischer Städteverband

Der Vorstand des Badischen Städteverbandes hielt — wie uns geschrieben wird — am 19. d. Mts. in Konstanz eine Sitzung ab. In erster Linie wurde die Auswirkung des neuen Steuerverteilungsgesetzes auf die Städte eingehend erörtert. Um die Ausfälle wieder auszugleichen, die durch die erhebliche Herabsetzung der Anteile der Gemeinden an den Reichsteuern entstehen, wird eine Erhöhung der städtischen Anlagen notwendig. Es ist darauf zu drängen, daß die gesetzliche Grundlage hierfür alsbald geschaffen wird. Bezüglich der Wertzuwachssteuer wird den Städten empfohlen, alsbald örtliche Wertzuwachssteuerverordnungen zu erlassen, da die Mustersteuerordnung, die das Ministerium aufzustellen beabsichtigt, voraussichtlich in der nächsten Zeit noch nicht erscheinen wird. Des weiteren beschäftigte sich der Vorstand mit grundsätzlichen Fragen der Aufwertung der Gemeindeanlagen sowie mit der Aufwertung von Sparfahrschulden und Dienstleistungen. Nach dem Gesetz über die Änderung des Polizeigesetzes vom 28. Juli 1928 haben die Städte mit Staatspolizei auch zu den Kosten der Schutzpolizei, soweit sie zur Erhöhung der allgemein bestimmten Polizeistärke eingesetzt wird, in gleichem Umfang wie sonst bei der Ordnungspolizei beizutragen. Der Vorstand ist der Ansicht, daß nach der Rechtslage das Vorkaufsrecht der Städte über die notwendigen Polizeistärke, das durch das Polizeigesetz gewährleistet ist, auch für das Einsetzen der Schutzpolizei und das Maß der Verwendung derselben besteht. Zur Ausbildung der Gemeindebeamten sind schriftliche Kurse (Fernunterricht) eingerichtet worden. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, daß auch die auf dem Lande angestellten Gemeindebeamten sich weiterbilden können. Der Vorstand ist damit einverstanden, daß die Beamten, die einen derartigen Fernunterricht mitgemacht haben, zu den Prüfungen zugelassen werden.

Der Erlaß von ortspolizeilichen Vorschriften für Hundstun- anlagen wird für notwendig befunden und den Städten empfohlen, derartige Vorschriften alsbald zu erlassen. Zur Erhöhung der Wirtschaft hält es der Vorstand schließlich für dringend erforderlich, daß bei Vergabe von Arbeiten und Lieferungen einheitlich wieder zu Festpreisen übergegangen wird und ersucht die Städte, hiernach zu verfahren.

Badische Tabake

Die Badische Landwirtschaftskammer beabsichtigt, falls genügende Anmeldungen eingehen, sich auch im nächsten Jahre wieder an der Tabakausstellung auf der Weltausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Breslau mit einer Sammlung badischer Tabake zu beteiligen, um damit den badischen Tabakpflanzern die Möglichkeit zu geben, ihre Tabake auch in einem Teile Deutschlands zu zeigen, wo sie bisher wohl weniger bekannt sein dürften.

Abg. Schofer zu den Landtagswahlen

Auf einer Versammlung der Zentrumsparlei in Heidelberg sprach am Sonntag der Führer des badischen Zentrums Abg. Schofer. Er verlangte, daß wir eine pflichttreue Beamtenschaft haben müssen. Um dies zu erreichen, sei es aber notwendig, daß man diese Beamtenschaft, vor allem die untere Beamtenschaft, vor Nahrungsgefahren bewahren müsse. Auf die Zollfrage übergehend, führte Schofer aus, daß die autonomen Völkern unbedingt notwendig seien, um günstige Handelsverträge mit dem Ausland abzuschließen, und somit wieder an die Weltmärkte heranzukommen, und damit die Arbeitslosigkeit zu beheben. Auch verlangte er Verständnis für die Landwirtschaft.

Er erinnerte dann an die schweren Tage von 1918, wo er mit Dr. Wirth eine Versammlung nach der anderen abgehalten habe. Die letzten sieben Jahre waren die schwersten seines Lebens gewesen. Er könne sich jetzt freuen, daß er von verschiedenen Seiten „gute Zeugnisse“ erhalten habe, die aner-

kennen, daß Baden durch die Bemühungen der Zentrumsparlei in den schweren Tagen eine gute Entwicklung genommen habe. Dieses Zeugnis wolle er gern mit der Sozialdemokratie und der Demokratie teilen und hoffe auch, daß die beiden anderen Parteien das selbe tun würden. Er griff sodann einen Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ auf, die unter anderem verlangt, daß der Sitz des Innenministeriums durch die Zentrumsparlei aufgenommen würde. Dieses Verlangen lehnte Medner ab und meinte, daß, wenn auch in der letzten Zeit eine starke Polemik zwischen Sozialdemokraten und Zentrum eingetreten sei, er keine Veranlassung habe wie andere Leute, den Stuhl des Innenministeriums freizumachen. Medner kam sodann auf den Aufmarsch der Parteien zu sprechen und sagte, daß in Baden keine Partei weniger und keine Partei mehr erhalten hätte. Der Landbund geht mit der D.D.P., während der Rächterverband als eigene Partei sich gemeldet habe.

Zum Schluß kam er auf das Reichsschulgesetz zu sprechen und meinte, daß die Demokratie und die Sozialdemokratie mit ihrer starken Befähigung nicht klug handeln würden. Man solle nicht an religiösen Kräften rühren, sonst würden Kräfte wach, vor denen die S.P.D. kapitulieren müßte. Dasselbe gelte für die Lehrerbildungsfrage. Man müsse Verständnis entgegenbringen. Der Vorwurf, den man der Zentrumsparlei macht, daß sie mehr Staatsstellen innehaben soll als sie zu beanspruchen habe, wies er an Hand von Zahlen zurück. Im ganzen würden 22,2 Proz. der Regierungsstellen von den Zentrumsleuten innegehalten werden.

Um den Reichsschulgesetzentwurf

Eine in Wiesloch stattgefundene Versammlung von Lehrern der Konferenzen Bruchsal, Heidelberg-Land-Odenheim und Wiesloch faßte eine Resolution des Inhalts, daß sie sich einmütig hinter die Rumpfbildung des badischen Lehrervereins gegen den Reichsschulgesetzentwurf stelle. Man werde bis zur letzten Kraft für die Erhaltung der badischen Simultan- und Lehrerschulen kämpfen.

Ortenauer Herbstmesse

Die zweite Ortenauer Herbstmesse in Offenburg wurde in Anwesenheit von Vertretern der Behörden eröffnet.

Oberbürgermeister Keller gab einen Rückblick auf die erste Ortenauer Herbstmesse, die im vorigen Jahre kurz nach dem Abzug der Franzosen aus dem damals besetzten Gebiet stattgefunden hatte. Im Namen der badischen Regierung sprach Ministerialrat Klein. Er brachte die Erwartung zum Ausdruck, daß die Bemühungen der Badischen Landesregierung um die Gebung der landwirtschaftlichen Produktion ein gutes Ergebnis haben möchte. Die diesjährige Ausstellung in Offenburg sei keine, von der man sagen könne, daß sie überflüssig sei. Die Landwirtschaft brauche Anregung, die brauche Förderung und sie müsse gerade auf solchen Werbtagen die Wege ihres Fortschritts kennen lernen.

Im Anschluß an den Eröffnungsspekt fand eine Besichtigung der Ausstellung statt, bei der die bekannten Ortenauer Weine und Weinbranntweine einer Kostprobe unterzogen wurden. Der Ortenauer Winzerverein hat eigene Hallen zur Abgabe seiner Weine erbaut. Die Ausstellung gliedert sich in zwei Hallen. In der einen ist in der Hauptgasse der Gartenbau, der Weinbranntwein und der Nebewerke untergebracht, in der anderen das Obst der Ortenau aus den verschiedensten Gegenden. Dieses kann hier direkt von den Besuchern gekauft werden. An die Ausstellung ist eine solche landwirtschaftliche Maschinen- und der verschiedenen Geräte- und Hilfsmittel, die die Landwirtschaft braucht, angeschlossen, desgleichen eine Landbesenflugschau, die aus dem ganzen Lande mit prächtigen Exemplaren besetzt ist.

Die Ortenauer Herbstmesse hatte am Sonntag zahlreiche Besucher aus dem Rheingebirge, dem Kinzigtal und dem badischen Oberland nach Offenburg gelockt. In einem Kinderfest, der trotz des schlechten Wetters stattfand waren etwa 25.000 Kinder beteiligt. Bei den Krachengruppen war Schutternwald allein mit 200 Kindern vertreten. Der Festzug führte auch viele Wagen mit sich, die von Offenburgern künftlern mit viel Geschmack geschmückt worden waren. Der Vorbeimarsch des Zuges dauerte etwa 2 Stunden gedauert haben. Leider wurde das für Nachmittag gebachte Kinderfest verregnet. Der Besuch der Messe litt durch das schlechte Wetter nicht; die Ausstellungsräume waren geradezu überfüllt. Der Verkauf des ausgestellten Obstes geht außerordentlich gut vor sich.

Tagungen

Am 3. und 4. Oktober findet in Heidelberg eine Konferenz der freien Gewerkschaften Württembergs, Badens und der Pfalz statt.

Aus der Landeshauptstadt

Ehrung. Der durch seine zahlreichen heimatgeschichtlichen Werke bekannte badische Heimatforscher, Heimatbahnhofsinspektor Gustav Rommel von Karlsruhe, wurde von der Gemeinde Dietlingen (Amt Forstheim) einstimmig zum Ehrenbürger ernannt. Herr Rommel ist der Verfasser der Ortsgeschichte von Dietlingen. Ein künstlerisch ausgestatteter Ehrenbürgerbrief und als besonderes sinnige Gabe ein goldener Siegelring mit dem Ortswappen, wurden dem Ehrenbürger überreicht.

Auch ein Jubiläum. Am 1. Oktober werden 25 Jahre verfloßen sein, seit der abendliche Ladenschluß gesetzlich auf 9 Uhr festgelegt wurde. Eine dem Inkrafttreten des Gesetzes vorausgehende statistische Umfrage ergab, daß vorher 21% der Gehilfen und 26% der Lehrlinge eine Arbeitszeit bis zu 16 Stunden wochentags hatten, 44 Prozent der Gehilfen und 50 Prozent der Lehrlinge eine längere als 14 stündige. Das Gesetz ließ aber auch die Möglichkeit eines früheren Ladenschlusses zu, und zwar konnte durch Ortsstatut dieser auf 8 Uhr festgelegt werden. Nach sechsjährigem Bestehen des Gesetzes, also 1910, gab es in Deutschland rund 900 Städte, in denen die Feierabendstunde bereits um 8 Uhr schlug. Durch Verordnung vom 18. März 1919 wurde schließlich der 7 Uhr-Ladenschluß gesetzlich festgelegt. Daneben hat auch schon die freiwillige Einführung eines Ladenschlusses um 6 Uhr hier und da Einführung gefunden, und im Freistaat Danzig ist dieser frühe Schluß gesetzlich eingeführt.

Winterferienzüge in den Schwarzwald. Der Badische Verkehrsverband hat sich bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe und der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn in Berlin bemüht, daß die im vergangenen Jahre zu Beginn der Weihnachtsferien verkehrswegweise eingeführten Winter-Sonderzüge von Nord- und Westdeutschland nach dem Schwarzwald auch in diesem Jahre zur Ausführung kommen. Von der Führung derartiger Züge zu ermäßigten Preisen ab Berlin, Danzberg, Rheinland, Frankfurt, Mainz, Wiesbaden und Darmstadt, wird eine wesentliche Förderung des Wintersports und des Winteraufenthalts im Schwarzwald erwartet. Unabhängig von diesen Fernsonderzügen ist seitens des Badischen Verkehrsverbandes die Veranstaltung von eintägigen Sins- und Rückfahrten mit Sonderzug ab Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Forstheim nach dem Schwarzwald geplant.

Bild-Postkarten. Wie bekannt, vertreibt die Schweizerische Postverwaltung seit mehreren Jahren Postkarten mit Städte- oder Landschaftsbildchen aus allen Teilen der Schweiz, die guten Anlag gefunden haben. Diesem Beispiel will auch die deutsche Reichspost folgen. Wie wir hören, sollen demnächst einige Postanstalten versuchsweise Bildpostkarten vertreiben, die, wie die Schweizer Karten, in dem oberen linken Teil ihrer Aufschriftseite Bildchen von Städten und Kurorten in der Farbe des Wertstempels tragen. Die Karten werden jedem Käufer von Postkarten ohne Aufschlag, also zu 5 Pf., angeboten werden.

Manfarbeneinbrüche. In der letzten Zeit sind im Badischen Lande Manfarbendiebstahl an der Arbeit. Bis jetzt sind sie in folgenden Städten aufgetreten: Baden-Baden, Rastatt, Karlsruhe, Freiburg und Heidelberg. In den meisten Fällen handelt es sich um einen Mann im Alter von 25—30 Jahren und 1,66—1,68 m groß. Da es bisher nicht gelang, den Täter zu fassen, wird die Bevölkerung auf denselben aufmerksam gemacht und ersucht, die nötigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.

Badisches Landestheater. In der Wiederholung von Götzens Oper „Der Widerspenstigen Zähmung“ am heutigen Dienstag, den 29., singt Marie Fanz zum ersten Male die Partie der „Katharina“. Bianca: Oete Stecher. Die Vorstellung beginnt um 7 1/2 Uhr. — Für die Schauspielvorstellungen kleineren Umfangs, werden mit sofortiger Wirkung die Eintrittspreise ermäßigt.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Dettlingen (Amt Luchen) genehmigte mit allen gegen eine Stimme den Bau einer Wasserleitung. Die Kosten sollen durch mehrjährige außerordentliche Holzabgabe gedeckt werden. Mit dem Bau soll in drei Jahren begonnen werden.

10prozente Goldanleihe der Stadt Mannheim. Die Stadt Mannheim begibt durch Vermittlung der Mannheimer Bank mit staatlicher Genehmigung eine 10prozente hypothekarische gesicherte Goldanleihe von drei Millionen Reichsmark zur Förderung des Wohnungsbaues. Die Anleihe wird vom 1. Juli 1930 an alljährlich mit 1 1/2 Proz. der Anleihe summe zusätzlich der durch die Tilgung ersparten Zinsen zu pari zurückgezahlt. Zur Sicherung der Anleihe aus der Anleihe bestellt die Stadt eine Sicherungshypothek an erster Stelle auf bestehende städtische Wohnungsneubauten. Der Zeichnungspreis ist auf 94 Prozent festgesetzt.

Der Bürgerausschuß Forstheim beschloß am Freitag, die Stadtverwaltung zu ermächtigen, die vom Reichsfinanzministerium genehmigte Anleihe von 4,2 Millionen Mark unterzubringen. Falls wesentliche Änderungen in den Aufnahmebedingungen sich ergeben sollten, soll der Bürgerausschuß nochmals gehört werden.

Die neue landwirtschaftliche Winterschule in Bühl. Der Kreisrat Baden-Baden hat nunmehr den Winterschulneubau in Bühl ohne den ursprünglich vorgesehenen Wohnstängel mit einem Kostenaufwand von 180.000 Mark genehmigt. Mit dem Bau soll sofort begonnen werden.

Der Bürgerausschuß Freiburg i. Br. wird sich in seiner nächsten Sitzung mit der Frage zu befassen haben, ob ähnlich, wie in Mannheim, städtischen Beamten und Arbeitern zur Erstellung von Eigenheimen Arbeitsverträge gewährt werden sollen. Ein solches Arbeitsvertragswesen soll in der Regel 4000 Mark je Wohnung betragen, mit 4 Prozent verzinst und mit 1 Prozent zusätzlich der gesparten Zinsen getilgt werden, und zwar beginnend zum Vierteljahrsersten nach Erstellung der Wohnung. Nach der Vorlage sollen für diesen Zweck 100.000 Mark bereit gestellt werden.

Eine städtische Schaubühne in Offenburg. Nach dem Abzug der Franzosen hat die Stadt Offenburg den Union-Saal, den größten Saal in weiter Umgebung zurückgehalten. Den Bedürfnissen Rechnung tragend, ist in diesem Saale nunmehr auch eine nach modernsten Grundrissen ausgeführte Schaubühne eingebaut worden, welche in drei Szenarien (Saal, Stadihbild und Baldbild) oder als Konzertbühne verwendet werden kann. Auf Einladung des Oberbürgermeisters wurde diese Bühne am Donnerstag dem Stadtrat, den Vereinsvorständen und den Vertretern der Behörden wie der Presse vorgeführt.

Die Bürgermeisterfrage in Billingen. Nachdem der Stadtrat Billingen dem von Bürgermeister Lehmann gestellten Antrag über Auflösung seines Dienstvertrages unter gleichzeitiger Regelung der Abfindungsfrage nunmehr in seiner Mehrheit beigetreten ist, wird dem Bürgerausschuß eine entsprechende Vorlage zugehen unter Veröffentlichung des der Angelegenheit zugrunde liegenden Sachverhalts und des abzuschließenden Vertrages.

Bürgermeisterwahl in Immenhingen. Zur bevorstehenden Neubewegung des Bürgermeisterpostens in Immenhingen wird berichtet, daß sich die Bürgererschaft in überzogener Mehrheit für einen Berufsbürgermeister entschieden hat. Aus der eingegangenen großen Zahl von Bewerbungen wurden acht Kandidaten in die engere Wahl gezogen, die nächster Tage Gelegenheit haben werden, ihr Programm vor der Bürgererschaft zu entwickeln. In der letzten Bürgerausschuhung wurde beschlossen, die Gehaltsgruppe VIII als Eingangsgruppe für den neuen Bürgermeister festzulegen.

Som Ausbau der Scheffelhalle in Sigen. Die Pläne und Kostenberechnungen für den Ausbau der Scheffelhalle liegen nunmehr dem Bürgermeisteramt Sigen vor. Der Ausbau ist so gedacht, daß die jetzige Halle in drei Hauptteile gegliedert wird, die durch Herausnahme der Zwischenwände auch gemeinsam benutzt werden können. Das Mittelschiff erhält eine Bodenfläche von rund 450 Quadratmeter, die durch die Mittelstütze der Galerie um ca. 200 Quadratmeter vergrößert werden kann. Der Umbau in dieser Form dürfte auf 87.000 M. zu stehen kommen, das Gesamtkapital für die fertige Halle würde 150.000 M. betragen müssen.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Redarbischofsheim, 29. Sept. Herr Philipp Albrecht hier kann am 1. Oktober d. J. auf eine 25-jährige Dienstzeit als Ratsschreiber der Stadtgemeinde Redarbischofsheim zurückblicken. Ein Viertel Jahrhundert war Herr Albrecht zum Wohle der Gemeinde tätig, und hat sich durch seine treue Eingabe in seinem Amte und seiner eifrigen Pflichterfüllung die vollste Zufriedenheit der ganzen Gemeinde erworben.

D. Heidelberg, 28. Sept. Ein über die Grenzen Heidelbergs hinaus bedeutender Industrieller, Ingenieur Philipp Severing sen., feiert heute seinen 80. Geburtstag. Sein Name ist aufs engste mit der Entwicklung des Heidelberger Verkehrswezens und der Industrie verbunden.

D. Forstheim, 24. Sept. Die hiesige Firma Kollmar u. Jourdan, die größte Uhrmacherfabrik der Welt, begeht heute den 40. Gründungstag. Die Firma hat sich aus kleinen Anfängen zu weltwirtschaftlicher Größe emporgearbeitet. Im Jahre 1885 begann das Geschäft mit 8 Arbeitern, während es heute über 1800 Arbeiter beschäftigt.

